

# „Umweltzonen“ diskriminieren sozial Schwache

Den steirischen Politikern ist wieder einmal etwas Abstruses eingefallen: die Zone! Angeblich zum Schutz der Umwelt sollen 40.000 steirische Pkw aus dem Großteil des Stadtgebiets ihrer Landeshauptstadt ausgesperrt (und viele GrazerInnen eingesperrt) und 640.000 steirischen Autos ein Pickerlchaos aufgezwungen werden.



Grün nur für Reiche? Fette SUVs dürfen weiter Feinstaub verursachen. Drauf zahlen die, die sich kein neues Auto leisten können.

Möglich machen soll das die schwarz-grüne Grazer Stadtregierung im Verein mit dem SPÖ-Umweltlandesrat. Unter dem Vorwand des Umweltschutzes soll die Autoindustrie gefördert werden. Dazu wird auch noch ein bürokratisches System gebraucht, das für ein paar Euro grüne, gelbe und rote Kleber an die geneppten Pendler verkauft. Und die Polizei darf auch aktiv werden um Geldstrafen von mindestens 100 Euro einzuheben.

## Feinstaub

Dabei ist die Lösung des Feinstaub-Problems damit keineswegs ausgemacht. Ganze 20 Tonnen Feinstaub sollen in Graz durch die Zone eingespart werden. Das sind 0,26 Prozent der steirischen Feinstaub-Emissionen. Dafür müssen sich alle nicht ausgesperrten Pkw ein Zwangs-Pickerl kaufen, wenn sie nach Graz wollen oder saftige Umweltstrafen zahlen: Das sind 624.000 Pkw in der Steiermark und 3,55 Millionen Pkw in Österreich!

Die heilige Kuh Flugverkehr mit hochsubventionierten Kerosinpreisen, die den Süden von Graz besonders in Mitleidenschaft zieht, getraut man sich nicht anzurühren.

## Fette SUVs statt alte Diesel

Die zwischen dem Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl und SPÖ-Umweltlandesrat Manfred Wegscheider – er hat einen fetten Pseudo-Geländewagen als Dienstfahrzeug – beschlossene Umweltzone ab

2011 mit Fahrverboten für alte Dieselaautos entspricht keineswegs einer sozialen Umweltpolitik. Bevor man also Umweltzonen erfindet und Menschen bestraft, die auf ältere Autos angewiesen sind, muss man seine Hausaufgaben erfüllen. Bis heute wurden Forderungen

## Das fordert die KPÖ

- Ausbau öffentlicher Grünflächen durch Neuankäufe von Wäldern, Grün- und Erholungsflächen.
- Verringerung des Schadstoff-Ausstoßes besonders bei Feinstaub und CO<sub>2</sub> – durch forcierten Ausbau des öffentlichen Verkehrs und Förderung des Radverkehrs.
- Einschränkung des Flugverkehrs am Flughafen Graz.
- Freifahrt auf Öffentlichen Verkehrsmitteln bei Grenzwertüberschreitungen.

der KPÖ, etwa nach Einhebung einer Nahverkehrsabgabe von den Unternehmern ähnlich der Wiener U-Bahn-Steuer zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs, nicht umgesetzt.

**Möglichkeit zum Protest bietet mit einer Unterschriftenaktion der ARBÖ: [www.arboe.at](http://www.arboe.at)**

## Gerechtigkeit für Kubaner Free the Cuban Five!



Seit der Revolution 1959 versuchen die USA, Kuba zu destabilisieren. In den 1990er-Jahren haben fünf Kubaner Beweismaterial für geplante Terrorakte in ihrem Land durch Exilkubaner gesammelt. Das Material wurde 1998 von der kubanischen Regierung an die US-Behörden übergeben. Anstatt gegen die Terroristen vorzugehen, wurden allerdings die fünf Aufdecker verhaftet und zu lebenslangen

Haftstrafen verurteilt. Das, obwohl das Gericht zugestand, dass die Aufklärung nie gegen die USA gerichtet war.

Das Komitee Austria „Free the Five“ kämpft seit 2002 dafür, dass den Verhafteten Gerechtigkeit widerfährt. Sie dürfen nicht einmal von ihren Angehörigen besucht werden.

Der Grazer Kulturverein Che ist in dieser Sache aktiv. Siehe im Internet: [www.kulturverein-che.at/](http://www.kulturverein-che.at/)

## Vorbildliche Politik für behinderte Menschen

Irland hat eine Vorbildfunktion in der Behindertenpolitik. „Bei uns macht man es sich zu einfach, indem man bei allen Themen zu Behinderung auf das Sozialressort verweist. In Irland vertritt selbst der Premierminister Menschen mit Behinderung“, sagt Franz Wolfmayr, Präsident des Dachverbandes Steirische Behindertenhilfe. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler drängt darauf, die UN-Konvention für Behindertenrechte rasch umzusetzen: „Im Landtag haben sich alle Parteien dazu bekannt. Für Menschen mit Behinderungen muss ein lebenswertes Leben ohne Diskriminierung möglich sein.“